

Interview mit Rainer Kuhlen

Wohlstand durch Teilen

Luft und Wasser sind nicht vogelfrei!

In: Denkanstöße April 2010



This document will be published under the following Creative Commons-Licence: [Attribution-ShareAlike 3.0 Unported](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/)

<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>

Wem gehören Luft und Wasser? Wem gehören die Stille, der Frieden, Wissen und die anderen Gemeingüter? Diese schwierigen Fragen lassen sich überraschend leicht beantworten, wenn man Kindern beim Spielen zusieht. Denn mit jedem Spiel, das Kinder sich ausdenken, wird ein Gemeingut geschaffen. Dieses Gemeingut erfüllt seinen Zweck, solange die gemeinsamen Regeln von allen als verbindlich angesehen werden, solange alle „mitspielen“. Wenn die Teilnehmer dagegen das Interesse verlieren, löst das Spiel sich auf, das Gemeingut verfällt.

Gemeingüter (oder „Commons“, wie sie auf Englisch heißen) gehören also keinem einzelnen – man kann ein Räuber-und-Gendarm-Spiel nicht kaufen und als Besitz mit nach Hause nehmen, so wenig wie die Atmosphäre oder den Frieden. Aber Gemeingüter sind auch nicht herrenlos oder vogelfrei. Sie gehören vielmehr allen, die an ihnen beteiligt sind und sie am Leben erhalten.

Eine solche gemeinsame Aufgabe wird aber ausgesprochen komplex, wenn sehr viele Menschen sich auf gemeinsame Regeln einigen und sich vor allem auch an sie halten müssen. Das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen hat uns das einmal mehr vor Augen geführt. Deshalb gewinnt die Frage, wie sich Gemeingüter erfolgreich verwalten lassen, in der Wissenschaft und auch in der Öffentlichkeit zunehmend an Interesse – was sich auch daran zeigt, dass der Wirtschaftsnobelpreis 2009 an Elinor Ostrom verliehen wurde, die auf diesem Gebiet Pionierarbeit geleistet hat.

Rainer Kuhlen ist einer der Autoren des Reports „Gemeingüter: Wohlstand durch Teilen“, den die Heinrich-Böll-Stiftung im Februar 2010 herausgegeben hat. Als Professor für Informationswissenschaft hat er sich unter anderem mit den „Creative Commons“ beschäftigt, also mit dem Wissen als Gemeingut. Seine Arbeit wird auch international hoch geschätzt – er ist Mitglied und ehemaliger Vorsitzender des Fachausschusses Kommunikation und Information der Deutschen UNESCO-Kommission.

http://en.wikipedia.org/wiki/Common_good_%28economics%29

http://de.wikipedia.org/wiki/Elinor_Ostrom

http://www.boell.de/downloads/Gemeinguetter_Report_Commons.pdf

http://de.wikipedia.org/wiki/Rainer_Kuhlen

Herr Professor Kuhlen, was genau bezeichnet der Begriff "Gemeingut"?

Nun, das ist ein komplexer und komplizierter Begriff. Entscheidender als solche Definitionen sind meiner Meinung nach die Rechts- oder Institutionalisierungsformen, die sich an bestimmten Gemeingütern entwickeln. Gemeingüter sind nicht von sich aus gegeben, sondern entstehen in sozialen Kontexten, die sich in bestimmten Formen verfestigen und institutionalisieren. Wenn den

sehr heterogenen Gemeingütern überhaupt etwas gemeinsam ist, dann vielleicht der Umstand, dass die von den Gütern Betroffenen, also die *commoners* sich selbst Organisationsformen schaffen. Sie delegieren ihre Sache nicht an größere Organisationen wie den Staat oder die Wirtschaft, sondern sie organisieren sich selbst. Und im Rahmen solcher Selbstorganisation entstehen Gemeingüter.

Wodurch sehen Sie die historische Entwicklung in diesem Bereich gekennzeichnet?

Der Gemeingüterdiskurs selbst ist eine sehr stark verschüttete Geschichte, die aber so alt ist wie die Menschheit selbst. Natürlich nicht unter dem Namen "Gemeingut". Aber Menschen haben schon immer versucht, sich selbst zu organisieren, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und dazu bestimmte Formen zu entwickeln. Wir können allerdings Gemeingüterformen, die es heute noch bei Indianerstämmen in Südamerika gibt, nicht unbesehen auf unsere Gesellschaft übertragen. Wir müssen dabei Transformationsleistungen erbringen.

Grundsätzlich geht es demnach mehr um einen Aushandlungsprozess als um ein bestimmtes Ergebnis?

Richtig. Es geht zunächst um die sozialen Formen, in denen sich Gemeingüter organisieren lassen. Die unterscheiden sich etwa in ihrem Umfang beträchtlich. Ein Gemeingut kann sich in einer sehr kleinen Gesellschaft realisieren.

Das Entscheidende sind hier die Unterschiede: Die Organisationsformen kleiner Gruppen lassen sich nicht einfach auf komplexe Gemeingüter und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge übertragen. Die südamerikanische Kaffeeplantage kann eben nicht ohne weiteres Modell sein für eine Stadt wie Berlin, in der drei Millionen Menschen leben. Diese "romantischen Beispiele" sind gut, um Möglichkeiten aufzuzeigen; andererseits können wir aus diesen Beispielen nur lernen, wenn wir die notwendige Transformationsarbeit nicht scheuen.

Ist denn der Staat selbst ein Gemeingut?

Eigentlich wohl nicht. Aber es gibt Organisationsformen, bei denen der Staat der bessere "Kümmerer", *commoner* ist als Privatleute. Aber im Grunde lebt die Commons-Bewegung davon, dass quasi eine "dritte Säule" eingezogen wird. Neben der "Säule Staat" und der "Säule Wirtschaft" steht die dritte "Säule der Commoners", also der Menschen, die von den Commons betroffen sind und sich selber darum kümmern.

Allerdings kommen wir bei einem globalen Commons wie der Luft nicht um die Organisationseinheit Staat herum. Denn das Gemeingut Luft kann ich nicht lokal, sondern nur global organisieren. Und solche globale Organisation wird ja - wenn auch vollends unzureichend - versucht. Etwa in Kopenhagen.

Zurzeit aber brauchen wir den Staat vor allem als Reparaturbetrieb, der die von uns (lokal) angerichteten Schäden unter Kontrolle zu halten versucht. Vom Staat selber aber die Lösung der Gemeingüterfrage zu erwarten, ist aus geschichtlicher Perspektive ein wenig brauchbarer Ansatz.

Hat "Gemeingüterökonomie" etwas zu tun mit Kommunismus?

Das ist eine Form der Diskreditierung. Wer sich von Neuentwicklungen bedroht fühlt - etwa in der Wirtschaft, im Verlagswesen, der Energiebranche usw. -, stellt in der politischen Diskussion gerne diese Verbindung zum realen, historisch diskreditierten Kommunismus her. Der reale Kommunismus beruhte aber auf der Delegation von Macht an eine bestimmte Gruppe, die für sich die Wahrheit reklamierte. Eine solche Delegation indessen widerspricht der Idee der Gemeingüter vollends.

Fasst man die Ressource Wissen als Gemeingut auf, was hieße in diesem Bereich "Kontrolle"? Und

lässt sich eine so vielgestaltige Ressource heute überhaupt kontrollieren? Inwiefern ist eine solche "Kontrolle" notwendig?

Das Wissen als solches ist frei. Gemäß Thomas Jeffersons berühmtem Bild: Das einmal in die Welt gesetzte Wissen kann nicht kontrolliert werden und schadet auch nicht. So wie die Kerze, die ich an einer anderen entzünde, diese Kerze nicht vermindert. Insofern ist das Wissen selbst nicht das Problem. Der Zugriff auf Wissen ist das Problem. Der Zugriff geschieht aber über Informationsprodukte. Insofern geht es nicht um Wissens-, sondern um Informationskontrolle: Kontrolle des Zugriffs auf Wissen.

Insofern mag richtig sein: Das Wissen ist frei. Das nutzt mir aber nichts, wenn ich keinen Zugriff darauf habe.

Wo sehen Sie in diesem Bereich die größten Probleme und Defizite?

Die Copyright-Industrien machen in fortgeschrittenen Ländern wie den USA, aber auch Deutschland den weitaus größten Anteil der Volkswirtschaft aus, in diesem Bereich wird unglaublich viel Geld gemacht. Insofern ist es im Sinne der Profitmaximierung nahe liegend, dass man den Zugriff auf Wissen verknappt. Das sieht man an den Problemen, die wir mit der Musikindustrie, vor allem aber in Bildung und Wissenschaft haben. Die Zugriffsbeschränkung auf Informationen geschieht etwa durch Technik: Denken Sie an die Ländercodes etwa bei einer DVD. So wird Macht produziert. Das sind auf der anderen Seite natürlich auch genau die Mechanismen, die den wirtschaftlichen Reichtum produziert haben. Daher sollten wir diese Mechanismen nicht auf irrationale Weise verteufeln. Gleichwohl sind die Folgen für das Wissen heute katastrophal.

Konflikten diese Vorstellungen: Wissen als Gemeingut und Urheberrecht? Wovon leben die Menschen, die Wissen produzieren?

Noch einmal: Nicht das Wissen ist problematisch, sondern die Institutionalisierungs- und Distribuierungsformen des Wissens sind es. Das Wissen selber ist wie frei fließendes Wasser. Kanalisiert und eingeschränkt wird es erst durch die Institutionalisierungsformen, die ihrerseits die Möglichkeit der Kommerzialisierung bieten.

Das Gemeingut Musik zum Beispiel ist ja gerade dabei, neue Organisationsmodelle zu finden. Etwa indem Musiker ihre Produkte frei ins Internet stellen und sagen: Ihr könnt bezahlen, was ihr wollt. Das sind neue, selbstbestimmte Institutionalisierungsformen, bei denen nicht Entscheidungen etwa an Labels delegiert werden. Und diese Tendenz wird auch in andere Bereiche Eingang finden. Freie Software etwa. Die Produzenten solcher Software leben ganz gut. Es klingt paradox, ist aber eine in vielen Bereichen sich durchsetzende Regel: Die Wirtschaft kann umso mehr Geld verdienen, je freier sie den Zugang gestaltet.

Ich bin keineswegs für die Abschaffung des Urheberrechts, aber sehr wohl für eine andere Organisationsform als die heutige. Spricht man heute von den Verwertungsrechten der Autoren, so meint man eigentlich die Verwerterrechte. Und in eben dieser Form ist es im Sinne des Schutzes des Gemeinguts Wissen kontraproduktiv geworden.

Unter welchen Voraussetzungen ist der Umgang mit Wissen "ökologisch"? Was bedeutet "Nachhaltigkeit" im Rahmen der gesellschaftlichen "Wissensproduktion"? Wie gehen wir nachhaltig mit der vielfältigen Ressource Wissen um?

Was den Begriff der Nachhaltigkeit betrifft, so bedeutet er in der klassischen Ökologie Verknappung. Ein Beispiel: Man darf nicht mehr Bäume fällen als nachwachsen. Und genau dieses Verständnis liegt dem Begriff der Nachhaltigkeit im Bereich der Wissensökologie eben nicht zugrunde. Im Gegenteil: Hier bedeutet Nachhaltigkeit nicht Verknappung, sondern beliebige Freizügigkeit. Wissen verbraucht sich nicht im Gebrauch, im Gegenteil: Je mehr man Wissen nutzt,

desto mehr nutzt es.

Hinzu kommt, dass der Begriff des oikos (Haushalt, Gemeinschaft) sich verändert hat: es ist nicht mehr der natürliche Raum, sondern der elektronische Raum. Wir leben eben nicht mehr in Wäldern, auf Wiesen usw., sondern wir verbringen sehr viel Zeit in elektronischen Räumen.

Wichtig dabei ist aber, dass wir sehr wohl gelernt haben, dass der der Wissensökonomie zugrunde liegende Effizienzgedanke nicht im Widerspruch steht mit der Ökologie. Im Gegenteil: Die ökologisch fortgeschrittenen Länder sind ökonomisch am produktivsten. Daher glaube ich, dass die Verlage, die Musikindustrie, mit Bildung und Wissenschaft beschäftigte Industrien dauerhaft nur überleben können, wenn sie sich dem Paradigma des Open Access, des freien Zugangs öffnen. Und Open Access ist ja nichts anderes als eine Anwendung des Gemeingutgedankens im Bereich des Wissens. Man wird sich hier von klassischen Geschäftsmodellen verabschieden müssen.

Solange wir freien Zugriff haben auf Wissen, können sich meiner Meinung nach die Industrien daran dumm verdienen. Nur wenn dieser freie Zugriff eingeschränkt wird durch kommerzielle Interessen, wende ich mich gegen diese Interessen.

Stellt der Emissionshandel eine Möglichkeit dar, das Gemeingut Luft in den Markt zu integrieren, indem man externalisierte Kosten internalisiert, also wieder in den Markt und sein Geschehen hinein holt?

Diese Vorstellung hat etwas Verführerisches. Und zum Teil auch Richtiges. Richtig ist, dass es nicht darum gehen kann, die Ökonomie, den Markt auszuschließen. Aber bislang müssen die Produzenten ja nicht Emissionen kaufen, sondern erhalten vom Staat Emissionsrechte frei zugewiesen. Und der Handel mit diesen Rechten besteht darin, dass manche Produzenten die Ihnen zugestandenen Margen nicht ausnutzen und ihre Rechte an andere verkaufen. Dabei aber wird überhaupt nicht dem Umstand Rechnung getragen, dass die Luft, die verschmutzt und mit der Handel getrieben wird, uns allen gehört. Im Gegenteil tut man so, als gehörte die Luft der Wirtschaft. Stattdessen sollte man aber vielmehr dafür sorgen, dass die Industrie ihr Recht zur Emission erst einmal kaufen muss. Der Emissionshandel kommt eben nicht der Gemeinschaft zugute, sondern verbleibt entweder in der Wirtschaft oder kommt dem Staat zugute, der das Geld wiederum für Dinge verwendet, die mit dem Gemeingut gar nichts zu tun haben.

Der Emissionshandel ist an sich eine gute Idee. Etwa im Sinne der Verknappung der Emissionsrechte, die zu einem Ausbau der erneuerbaren Energien führt. Aber die Problematik besteht eben darin, dass im gegenwärtigen Handel der ökonomische Verwertungsgedanke im Vordergrund steht. Und angesichts solcher Dominanz werden wir die Gemeingüterfrage nicht in den Griff bekommen. Man kann ja auch nicht von den Banken erwarten, dass das Finanzwesen im Sinne des Gemeinwesens reorganisiert wird. Oder das Gesundheitswesen von den privat organisierten Interessengruppen.

Was hat es mit der "Tragik der Allmende" auf sich?

Das ist ein sozialwissenschaftlicher Aufsatz von Garrett Hardin. Der war der Meinung, dass sich selbst überlassene Gemeingüter allmählich zerstört werden. Überbevölkerung spielt da eine große Rolle. Wenn eine Weide von hundert Nutzern geteilt wird, mag es gehen. Wenn es aber tausend werden, entstehen Probleme. Zudem ging Hardin vom Egoismus des Einzelnen aus: Warum soll ich teilen? Mit zehn Schafen kann ich gut verdienen. Mit hundert Schafen aber besser. Also stelle ich hundert Schafe auf die Weide. Wenn alle so handeln, wird das Gemeingut ruiniert. Hardin rät zur Privatisierung.

Wenn Mitglieder einer Gemeinschaft miteinander kommunizieren, man sie kommunizieren und Regeln, Formen und Sanktionen entwickeln lässt, braucht man die "Tragik der Allmende" eigentlich nicht allzu sehr zu fürchten. Gleichwohl sind sich selbst überlassene Gemeingüter in der Gefahr, zerstört zu werden. Daher ist es durchaus lehrreich, sich die Selbsterstörungspotentiale der Gemeingüter gegenwärtig zu halten. Vogelfreie Gemeingüter (die in der Rechtstradition als *res*

nullius bezeichnet werden) gehen kaputt. Aber Gemeingüter sind eben nicht vogelfrei. Sie sind *res communes*, nicht *res nullius*, nicht *res privatae* (also Privatgüter) und auch nicht *res publicae* (also vom Staat zur Verfügung gestellte Güter). Und Hardin eben sah die Gemeingüter als *res nullius*, als vogelfreie Güter. Genau das sind sie aber eben nicht, was den grundlegenden Fehler der Überlegungen Hardins bezeichnet.

In vielen Familien ist Teilen und Verantwortung eine Selbstverständlichkeit – warum ist es so schwer, dieses Prinzip auf größere Gruppen zu übertragen?

Gemeingüter brauchen funktionierende Kommunikationsformen. Sie brauchen Austausch, Verständigung und in bestimmten Fällen dann auch Sanktionen. Neben der Kommunikationsbereitschaft spielt das Vertrauen eine sehr große Rolle. Gemeingüter beruhen in hohem Maße auf Vertrauen. Vertrauen in die anderen, Vertrauen in die Regeln. Und Vertrauen ist nun einmal in großen und anonymen Kontexten schwerer zu realisieren als in kleinen Gruppen.

Sie dürfen nicht vergessen, dass mit der Größe der von einem Gemeingut Betroffenen auch die Komplexität des Gemeinguts selber wächst. Bei Gemeingütern wie Luft und Wasser steigert sich das bis zur Hyperkomplexität.

Auch bei komplexen Organisationsformen spielen Kommunikationsbereitschaft und Vertrauensbildung eine entscheidende Rolle. Die Formen der Kommunikation und der Vertrauensbildung sind bei komplexen Gütern andere; das Prinzip aber bleibt bestehen.

Können Sie ein Beispiel für die gelungene Verwaltung von Gemeingütern nennen?

Nun, zum Beispiel die Energiedörfer, die sich unter Nutzung von erneuerbaren Energien autonom, nach Maßgabe der Selbstorganisation verwalten.

Ein gutes Beispiel ist im immateriellen Bereich natürlich auch die freie Software. Dort wird nicht getauscht, sondern geteilt.

Wir erkennen jedenfalls, dass wir mit dem klassischen Wirtschaftsmodell der privaten Aneignung von Gütern nicht mehr zurechtkommen. In allen Bereichen sind die Probleme offenkundig: Wasser, Luft, Gesundheit usw. In allen diesen Bereichen braucht es das, was man in der Philosophie eine "Kopernikanische Wende" genannt hat. Wenn es so wie bisher gar nicht mehr geht, muss man manchmal alles einmal komplett herumdrehen. Und das Prinzip der Gemeingüter, des Teilens ist ein Gegenmodell zum Modell der privaten Aneignung.

Wenn Wissen im Spannungsfeld von kultureller Diversität und sozioökonomischer Entwicklung steht, was soll man mit dem Wissen machen, wenn einer der beiden Bereiche nachhaltig vernachlässigt zu werden droht?

Oder beide! Nun, kulturelle Diversität ist ein Wert an sich, muss aber immer auch im ökonomischen Verwertungszusammenhang gesehen werden. Die Kultur ist kein romantisches Freifeld. Wenn ökonomische Verwertung Verknappung oder sogar Vernichtung bedeutet, dann konfliktiert sie mit der kulturellen Diversität. Soweit etwa Kunst unser Bewusstsein von Welt maßgeblich prägt, wird sie zu einer Art Gemeingut. Insofern kann man nicht erlauben, dass Kunstgüter auf Dauer der Gemeinschaft entzogen werden durch kommerzielle Verwertung. Die Schaffung und Einhaltung von Regeln, die das verhindern, wäre wiederum eine politische Aufgabe. Daher hat auch die UNESCO eine "Konvention für kulturelle Vielfalt" verabschiedet. Und eine Konvention ist völkerrechtlich verbindlich. Die Unterzeichner sind hier rechenschaftspflichtig. Zugleich müssen sich diese Staaten indessen an die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) halten. Und dort sind Kunstgüter Handelsgüter. Da muss eine Balance hergestellt werden, und das kann nur von Fall zu Fall ausgehandelt werden. Natürlich dominiert die Wirtschaft nach wie vor eklatant. Aber eine solche völkerrechtlich verbindliche Konvention zwingt zu Kompromissen.

Herr Professor Kuhlen, wir danken Ihnen für das Gespräch!